

**Politische Partizipation von Frauen im 20. Jahrhundert:  
Parlamentarierinnen in Westfalen und im Rheinland**

Tagung des LWL-Instituts für westfälische Regionalgeschichte  
Münster, 5. Dezember 2008

Im Jahr 2008 fanden mit der Reform des preußischen Vereinsrechts (1908) und der Einführung des Frauenwahlrechts im Deutschen Reich (1918) zwei Jubiläen statt, die sich wesentlich auf die politischen Partizipationsmöglichkeiten von Frauen auswirkten. Während in der bisherigen Forschung vorrangig den Schwierigkeiten und Problemen für eine politische Partizipation von Frauen nachgegangen wurde, beschäftigte sich die Tagung des LWL-Instituts für westfälische Regionalgeschichte am 5. Dezember 2008 unter der Tagungsleitung von Julia Paulus (Münster) mit den Frauen, die sich politisch engagierten. Ausdrücklich wurde dabei ein erweiterter Politikbegriff zugrunde gelegt, der den sogenannten vorpolitischen Raum bzw. die vermeintlich private Sphäre gesellschaftlichen Engagements miteinbezieht. Im Kern wurde der Frage nachgegangen, auf welche Weise sich Politikkarrieren von Frauen in der Region Westfalen im 20. Jahrhundert gestalteten. Mit einer kollektivbiografischen Zugangsweise wurden Aspekte wie das Selbstverständnis, die jeweiligen Politisierungsprozesse, die politischen Strategien, die (geschlechts-)spezifischen Zugangs- und Handlungsmöglichkeiten sowie der Umgang mit Macht von Frauen in einem männlich geprägten Handlungsraum beleuchtet.

Zu Beginn der Tagung begrüßte die Vorsitzende der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe, *Maria Seifert* (Münster), die Referentinnen und Teilnehmer/innen. Seifert kritisierte, dass obwohl Deutschland von einer Kanzlerin regiert werde, noch heute in den Parlamenten, besonders in der Kommunalpolitik, zu wenig Frauen vertreten wären. Eine Demokratie könne es sich nicht leisten, dass 50 Prozent der Bevölkerung nicht angemessen politisch repräsentiert werden. Daher seien Kampagnen wie „FRAUEN MACHT KOMMUNE“, initiiert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Stärkung kommunalpolitischer Partizipation wichtige Initiativen.

An Frau Seiferts Grußwort anschließend führte *Julia Paulus* (Münster) in das Thema der Tagung ein. Sie erläuterte, die Idee zur Tagung und weiterer Kooperationsprojekte seien durch die Feststellung eines Forschungsdesiderats entstanden. Während es bereits für elf deutsche Bundesländer kollektivbiografische Gesamtdarstellungen über Parlamentarierinnen gebe, existiere für Westfalen und das Rheinland bzw. für Nordrhein-Westfalen eine solche Darstellung nicht. In Kooperation mit Universitäten, Archiven und Museen bemühe sich das LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte nun dieses Desiderat zu füllen, so Paulus. Die Tagung diene dazu, mit FachwissenschaftlerInnen, die bereits zum Thema politische Partizipation von Frauen geforscht und publiziert haben, ins Gespräch zu kommen, Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Wege der Realisierung eines entsprechenden Projektzusammenhangs zu finden. Außerdem solle der besondere Stellenwert einer biografischen Herangehensweise als Methode der Aufarbeitung thematisiert werden. In diesem Zusammenhang wies Paulus darauf hin, dass bereits vom 5. Juli bis zum 18. Oktober 2009 ein gemeinsam mit dem LWL-Industriemuseum Zeche Zollern II/IV in Dortmund konzipiertes Ausstellungsprojekt mit dem Titel „Wie wir wurden, was wir nicht werden sollten – Frauen im Aufbruch zu Amt und Würden“ stattfinden wird.

Stellvertretend für die erste Referentin *Kerstin Wolff* (Kassel), deren Vortrag „(Stadt-)Politikerinnen ohne Legitimation? Politisches Handeln von bürgerlichen Frauen im Kaiserreich“ ausfiel, stellte Julia Paulus drei Kernthesen aus Wolffs Arbeit vor. Wolff hatte sich in ihrem Beitrag mit einem erweiterten Politik- und Partizipationsbegriff auseinandergesetzt, der es erlaubt, bereits für die Zeit vor der Wahlrechtsreform von 1918 Aussagen über politische Wirkungsmöglichkeiten von Frauen machen zu können. Zum einen lassen sich hierbei Formen der Partizipation durch Zusammenschluss in Vereinen feststellen, in denen bürgerliche Frauen durch ihre Betätigung in wohlfahrtspflegerischen und bürgerlichen Gemeinschaftsprojekten Wege in die Mitgestaltung ihrer Stadtgemeinden fanden. Die zweite Partizipationsmöglichkeit von Frauen basierte nach Wolff auf dem bürgerlichen kommunalen Beziehungsgeflecht, dem Verbundensein mit anderen Familien, sowie drittens auf dem Bereitstellen von finanziellen Ressourcen durch das Aussetzen von Stiftungen und Legaten, mithilfe derer sie die Zukunft einer Idee oder eines bereits in den Kinderschuhen steckenden Projektes beeinflussen konnten.

Nach diesem Blick auf die Zeit vor Einführung des Frauenwahlrechts im Kaiserreich konzentrierte sich *Elke Stolze* (Halle a.d. Saale) in ihrem Vortrag auf die ersten Politikerinnen der Weimarer Republik. In ihrer Untersuchung ging sie am Beispiel der Region des heutigen Sachsen-Anhalt der Frage nach, wie die Wählerinnen, insbesondere aber die Parlamentarierinnen der ‚ersten Stunde‘ die neuen Herausforderungen aktiver parteipolitischer Mitwirkung bestanden, welchen Hindernissen sie begegneten, aber auch welche Möglichkeiten sich ihnen durch die Wahrnehmung ihres neuen Rechts auf politische Partizipation eröffneten. Insgesamt waren von 1918 bis 1933 in den vier Parlamenten Sachsen-Anhalts 29 Frauen unterschiedlicher Parteizugehörigkeit vertreten gewesen. Mehrheitlich gehörten sie den Arbeiterparteien an und griffen auf langjährige Erfahrungen aus der Arbeiterbewegung zurück. Vor diesem Hintergrund widmeten sie sich insbesondere den Themen soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung der Geschlechter, Ausbau der Demokratie und Politisierung der Frauen. Trotz ihres politischen Erfahrungshintergrundes seien die Frauen in den Parlamenten jedoch immer wieder mit der mangelnden Akzeptanz durch ihre männlichen Kollegen konfrontiert worden. Stolze beendete ihren Vortrag mit der Zäsur des Jahres 1933, als das Wahlrecht der Frauen infolge der nationalsozialistischen Machtergreifung wieder eingeengt wurde. In der anschließenden Diskussion wurde betont, wie sinnvoll und notwendig es sei, bei der Untersuchung politischer Partizipation von Frauen, auch die sogenannten politischer Vorfeldorganisationen in den Blick zu nehmen und mandatsunabhängige politische Partizipationsformen zu berücksichtigen.

Den ersten Vortrag der zweiten Sektion, in dem die institutionellen Ebenen politischer Arbeit thematisiert wurden, hielt *Elke Schüller* (Frankfurt). Sie stellte eine vergleichende Analyse der Lebensläufe von fast dreißig Frankfurter Kommunalpolitikerinnen aus dem unmittelbaren Nachkriegsjahrzehnt (1946-1956) vor. Schüller fragte im ersten Teil ihrer Untersuchung nach der Art, Herkunft, Tradition, Mobilisierung und der Motivation politisch aktiver Frauen in dieser Zeit und rekonstruierte anhand der dreißig Frauenbiografien ein soziostrukturelles und politisches Profil dieser Politikerinnen. Im zweiten Teil ihres Vortrags fragte Schüller nach Themen, Interessengebieten, politischen Instrumenten und Strategien sowie nach der Rolle informeller Netzwerke und der Rolle frauenspezifischer Themen und Aspekte. Die Referentin betonte, viele der Frankfurter Stadtverordneten seien überparteilich organisiert gewesen und hätte sich parlamentarisch wie außerparlamentarisch vernetzt. Vielfach habe dabei die Solidarität zwischen den Frauen über Parteidisziplin und Fraktionstreue gestanden und es sei zu parteiübergreifender Zusammenarbeit gekommen, in der sich, so Schüller, eine eigene „politische Kultur“ etablieren konnte.

*Susanne Sander* (Hamburg) präsentierte in ihrem Vortrag eine kollektivbiografische Untersuchung zu der politischen Arbeit von Frauen, die zwischen 1946 und 1960 in westdeutschen Landtagen tätig waren. Im Mittelpunkt standen hierbei vor allem Fragen nach dem Verlauf der Politisierungsprozesse dieser Frauen und ob es partei- und geschlechtsspezifische Merkmale, Gemeinsamkeiten und Unterschiede gab. Darüber hinaus

suchte sie nach Faktoren und Strukturen, die die politische Tätigkeit der Landespolitikerinnen in der Nachkriegszeit förderten bzw. behinderten. Für die unmittelbare Nachkriegszeit stellte Sander eine vermehrte Betätigung in schichten-, partei- und konfessionsübergreifenden Frauenausschüssen fest. Erst unter dem Einfluss der Etablierung der traditionellen, politischen Institutionen und dem Aufkommen antikommunistischer Ressentiments zur Zeit des Kalten Krieges sei es zum Ende dieser überparteilichen Zusammenarbeit gekommen. Im Vergleich zwischen Politikerinnen der CDU und der SPD stellte Sander Unterschiede bezüglich des Umgangs mit dem von Männern dominierten Politikfeld Parlament bzw. Partei fest. Während es in der CDU Bestrebungen gegeben habe, parteiinterne eigenständige Frauenvereinigungen als Gegengewicht zu den Männern zu formieren, hätten die SPD-Frauen einen partnerschaftlichen Politikansatz verfolgt und „Sonderorganisationen“ von Frauen abgelehnt.

In der dritten und letzten Sektion befassten sich drei Referentinnen mit den Parteien als parteipolitische Handlungsfelder von Frauen. *Gisela Notz* (Berlin) richtete in ihrem Vortrag, der auf Ergebnissen eines Forschungsprojekts der Friedrich-Ebert-Stiftung basiert, den Blick auf das politische Leben der Sozialdemokratinnen im Parlamentarischen Rat und im Deutschen Bundestag. Notz' Vortrag unterstrich noch einmal einige der Aussagen von Sander. So betonte Notz, besonderes Anliegen der Sozialdemokratinnen sei die Gleichberechtigung der Geschlechter gewesen. Zur Unterstützung dieses Ziels hätten sie von den Frauen der konservativen Parteien allerdings keine Unterstützung erwarten können, da diese, so der Vorwurf, eine „schematische Gleichstellung und Gleichberechtigung“ der Geschlechter ablehnten und den „Eigenwert“ der Frau bewahren wollten. Trotz eines ambivalenten Verhältnisses sei daher die außerparlamentarische Zusammenarbeit mit autonomen Frauenbewegungen zur Durchsetzung des Gleichberechtigungsartikels im Grundgesetz für die SPD-Frauen sehr hilfreich gewesen. Im Anschluss an den Vortrag wurden die Konflikte der SPD-Frauen mit der männlichen Mehrheit ihrer eigenen Partei diskutiert. Obwohl sich die Partei seit 1900 als die „Gleichberechtigungspartei“ verstand, habe die Realität häufig anders ausgesehen, obgleich die SPD-Frauen immer betont hätten, nicht in abgespaltenen Frauengruppen, sondern gemeinsam mit den Männern für politische Ziele kämpfen zu wollen.

Im Folgenden stellte *Petra Holz* (Bad Münstereifel) ihre Untersuchung zum Thema christdemokratische Politikerinnen in bundesrepublikanischen Parlamenten zwischen 1945 und 1957 vor. Insgesamt hatte Holz 160 politische Biografien untersucht. Exemplarisch für zwei Lager in der Riege der CDU-Frauen stellte Holz Helene Weber und Elisabeth Schwarzhaupt gegenüber. Während die katholische Helene Weber für die Differenz der Geschlechter stehe und als Vertreterin eines traditionellen, auf den Gedanken der Bürgerlichkeit basierenden Frauenbildes gelte, habe die evangelische Elisabeth Schwarzhaupt den Standpunkt der Gleichheit zwischen den Geschlechtern vertreten. In der anschließenden Diskussion wurde betont, dass das unterschiedliche Rollenverständnis keine gänzlich entzweieende Wirkung hatte, sondern in vielen Fällen eher zu einer Solidarisierung unter den Frauen geführt habe. Dennoch hätten die Kontroversen auch Konsequenzen für die Legitimation der politischen Partizipation der CDU-Frauen gehabt, insbesondere gegenüber männlichen Parteikollegen.

Den letzten Vortrag der Tagung hielt *Amalia Sdroulia* (Hannover). Basierend auf ihrer Magisterarbeit beschäftigte sich Sdroulia mit Grünen-Politikerinnen im Niedersächsischen Landtag. Ins Zentrum ihres Vortrags stellte sie die Diskussion um die parteiinterne Frauenförderung durch die Einführung einer Quote und fragte nach der Bedeutung dieses vor fast zwei Jahrzehnten von den Grünen eingeführten Instruments für die politische Partizipation und das Selbstverständnis von politisch aktiven Frauen. Sdroulia verfolgte hierbei zwei Ansatzpunkte: Zum einen untersuchte sie die Interaktion zwischen Männern und Frauen im politischen Geschäft bei den Grünen, zum anderen die speziellen Erfahrungen, die die Grünen-Politikerinnen gemacht haben. Dabei beabsichtigte sie, Hindernisse für Frauen in der Politik trotz Quotierung aufzudecken und zu klären, welchen Einfluss die Herrschaftsverhältnisse zwischen den Geschlechtern auf den

Ausschluss der Frauen von den politischen Machtzentren besitzen. Bezogen auf den Umgang der Politikerinnen mit den androzentrischen Strukturen ihrer Partei differenzierte Sdroulia drei Gruppen: Diejenigen, die sich den vorgefundenen androzentrischen Strukturen anpassten, diejenigen, die die androzentrischen Strukturen bewältigten und eine dritte Gruppe, die um eine ausgleichende Auseinandersetzung mit den männlich geprägten Spielregeln bemüht sei. Im Ergebnis, so Sdroulia, existiere trotz Einführung der Quote auch bei den Grünen eine Fortschreibung traditioneller Rollenzuschreibungen, die gleichberechtigte, geschlechtsunabhängige Einstiegsmöglichkeiten in die Politik nicht ermögliche. Demnach garantiere die Quotenregelung allein noch keinen gleichwertigen politischen Einfluss für Männer und Frauen. Auch vorgelegte Faktoren, wie die geschlechtsspezifische Sozialisation seien mitentscheidend. Dennoch könne die Quotierung langfristig zu einer Aufweichung der Geschlechterdifferenzen beitragen und auf dem Feld der Politik zu einer Neudefinition der Geschlechterrollen führen.

In der abschließenden Diskussion verwies Julia Paulus darauf, dass die Partei der Grünen aus dem Kontext der sogenannten Neuen Sozialen Bewegung in den Raum des Parlaments vorgedrungen sei und fragte nach möglichen Reibungspunkten für Grünen-Politikerinnen hinsichtlich ihrer früheren Aktivität in einer sozialen Bewegung und der späteren Aktivität in einer politischen Partei. Sie gab zu bedenken, dass das Eingebundensein in verschiedene institutionalisierte Interessenvertretungsformen (Partei vs. Bewegung) ein unterschiedliches Partizipationsverständnis bedinge und, dass das politische Alltagsgeschäft möglicherweise zu einer Frustration und Desillusionierung der Grünen-Politikerinnen geführt haben könnte.

Die Tagung hat einen umfassenden Einblick in die historische Entwicklung der politischen Partizipation von Frauen in Deutschland gegeben, indem verschiedene Zeitepochen, verschiedene politischen Ebenen sowie die unterschiedlichen Parteien und die verschiedenen Bundesländer, in denen sich Frauen politisch engagierten, berücksichtigt wurden. Mit der Feststellung des vorhandenen Forschungsdesiderats bezüglich einer kollektivbiografischen Gesamtdarstellung (nordrhein-)westfälischer Parlamentarierinnen wurde durch diese Tagung der Auftakt für die Realisierung eines Aufarbeitungsprojekts skizziert. Die Diskussionen und der Austausch im Rahmen der Tagung mit ForscherInnen, die bereits zu diesem Themenzusammenhang gearbeitet und publiziert haben, führten zu einem wertvollen und hilfreichen Erfahrungsaustausch. So konnten viele der ForscherInnen von ihrem Umgang mit der schwierigen und zeitaufwendigen Datenerhebung durch Quellenarbeit oder Interviews zur Rekonstruktion der Lebensläufe der Parlamentarierinnen berichten.

Durch die auf der Tagung eingenommene historische Längsschnittperspektive auf das Thema ‚Politische Partizipation von Frauen‘ ließen sich sowohl die unterschiedlichen Ebenen der politischen Handlungsfelder wie auch die Bedeutung von Kontinuitäten bzw. Brüchen in Karriereverläufen von Parlamentarierinnen in Deutschland vergleichend diskutieren. Deutlich wurde, dass gerade diese epochenübergreifende Sichtweise die Bedeutung von Netzwerken und sozialen Milieus von Frauen deutlich machen kann, die – so wurde immer wieder auf der Tagung betont – in ihrer Eigenschaft als kulturelle und identitätsstiftende politische Vorfelddorganisationen bislang von der Forschung noch unterschätzt würden.

Die vorgestellten Untersuchungen und die anschließenden Diskussionen gaben dem für (Nordrhein-)Westfalen postulierten Forschungsdesiderat erste Impulse und Anregungen. Außerdem zeigten sie Beispiele für methodische Ansätze auf, nach deren Vorbild auch die Lebensbilder (nordrhein-)westfälischer Parlamentarierinnen in einem kollektivbiografischen Sample zusammengestellt werden könnten.

Die Beiträge der Tagung werden gemeinsam mit einer Dokumentation der Ausstellung „Wie wir wurden, was wir nicht werden sollten – Frauen im Aufbruch zu Amt und Würden“ im Juli 2009 veröffentlicht.

Christine Witte

Kontakt:

Christine Witte, M.A.

LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte, Münster

E-Mail: [christine.witte@lwl.org](mailto:christine.witte@lwl.org)

**Copyright**

Arbeitsgemeinschaft historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 2009.

Kein Teil dieser Publikation darf ohne ausdrückliche schriftliche Genehmigung der AHF in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

AHF, Schellingstraße 9, 80799 München

Telefon: 089/13 47 29, Fax: 089/13 47 39

E-Mail: [info@ahf-muenchen.de](mailto:info@ahf-muenchen.de), Website: <http://www.ahf-muenchen.de>

**Empfohlene Zitierweise / recommended citation style:**

AHF-Information. 2009, Nr.030

URL: <http://www.ahf-muenchen.de/Tagungsberichte/Berichte/pdf/2009/030-09.pdf>